

Vor den Wahlen 2009/10

Zur Strategie der LINKEN in Nordrhein-Westfalen

1. Die Legitimationskrise des Kapitalismus nutzen und dessen Überwindung einleiten!

Die LINKE in NRW hat auf ihrem Landesparteitag die Grundsätze ihrer politischen Inhalte und Forderungen zu den kommenden Wahlkämpfen beschlossen. Sie hat mit den "Landespolitischen Positionen" und deutlichen Erklärungen und Anträgen zu Einzelthemen eine tragfähige programmatische Grundlage geschaffen. DIE LINKE.NRW hat sich seit der Gründung in der WählerInnengunst stabilisiert. Sie liegt zur Zeit in Umfrageresultaten stabil bei bis zu 9 Prozent.

Wir müssen allerdings davon ausgehen, dass die LINKE heute bei einer Vielzahl der WählerInnen und SympathisantInnen mehr politischen Zuspruch durch die Ablehnung der konkreten Politik aller anderen Parteien, als durch selbständig und bewusst entwickelte Verankerung LINKER Inhalte in den Köpfen und Herzen der Menschen, erreicht.

Rüttgers und Kraft, Wolf und die VertreterInnen der Grünen sind Opfer einer Entwicklung geworden, die sie selber mit ausgelöst und beständig verstärkt haben: es gibt in ihrer Weltsicht keine Ziel und Werte orientierte Politik oder Visionen für eine tatsächliche Veränderungen zu Gunsten der Menschen. Stattdessen agieren sie auf der Grundlage der „vernünftige Umsetzung von ökonomischen Sachzwängen“. Aus diesem Grund werden politische Parteien zunehmend als unglaubwürdig und überflüssig wahrgenommen. Die Pfründe für die VolksvertreterInnen in den

Räten werden erhöht, ihre Rechte bei der Auswahl der Verwaltungsspitze beschnitten und die OberbürgermeisterInnenwahl wird durch die Verkürzung auf einen Wahlgang bei Entkopplung von der Wahl der Räte zu einem autoritären Richtungs-Plebiszit. In der Ablehnung gegen Parteien – und damit gegen die parlamentarische Demokratie wird der Ruf und der Wunsch nach einem Regime

von „Experten“, ökonomischen Sach- und Buchhaltern als effektivere Herrschaftsform laut. Es wächst die Sehnsucht nach Autoritäten, die Probleme sollen schnell und effektiv gelöst werden.

Demokratie, Gewaltenteilung und „Partei politik“ wird von Vielen – zu Vielen - als überflüssig, wenn nicht gar schädlich empfunden. Aufgrund dieser Entwicklung stehen die Parteien vor einem akuten Akzeptanzverlust. Sie verlieren Mitglieder und Zuspruch. Alle NRW-Parteien – mit Ausnahme der Grünen – stehen an der Spitze der jeweiligen Mitgliederverluste in ihren Bundesverbänden. DIE LINKE ist die einzige Partei, die entgegen dieser Entwicklung stetigen Zulauf und Zuspruch erfährt. Die Wahlbeteiligung ist 2005 in NRW auf 63% gesunken, bei den Kommunalwahlen lag sie noch einmal fast um 10 Prozent niedriger. Bis heute hat sich an dieser

Konstellation nichts geändert. Die Tendenz zur Wahlenthaltung hat sich eher verstärkt.

Die politische Krise der bürgerlichen Parteien trifft auf eine real vertiefte ökonomische Klassenteilung der Gesellschaft bzw. ihre Teilung in GewinnerInnen und Opfer der „neoliberalen“ Politik. Niedriglöhne, P1rekarisierung und Einkommensverluste verschlimmern sich stetig. In vielen NRW-Städten zeigt sich das Janusgesicht des Kapitalismus als Verelendung und Juppifizierung. Die „Mittelschicht“ erodiert und entwickelt die klassischen Abstiegsängste und regelmäßig enttäuschten

Aufstiegsphantasien. Die „Mitte“ ist im Verschwinden begriffen.¹ Objektive ökonomische Realität und Legitimationskrise der herrschenden Politik verdichten sich in der Summe zu einer deutlich verstärkt „gefühlten Krise“ der Gesellschaft, auf die diffuse Reaktionen erfolgen. Verschärft wird dies durch die weltweite Finanzkrise, die sich jetzt zu einer Wirtschaftskrise ausweitet. Die Erwerbslosigkeit hat zwar zur Zeit mit rund 720 000 Erwerbslosen in NRW, nicht zuletzt auch aufgrund von stetig gefälschten Statistiken, den niedrigsten Stand seit Anfang der 90er Jahre

erreicht, aber selbst dieser „Trend“ wird sich in absehbarer Zeit umkehren. Nach Milliardenverlusten bei der WestLB, für die mit über 3 Milliarden Euro das Land und damit die SteuerzahlerInnen aufkommen, wird dies jetzt auch auf den Landeshaushalt NRW insgesamt

Beschluss Nr.: X-1: „Vor den Wahlen 2009/10 – Zur Strategie der LINKEN in NRW“

massive Auswirkungen haben. Die Landesregierung hat alle versprochenen Regierungsziele verfehlt und ihre Wahlversprechen zu Worthülsen verkommen lassen: Statt Haushaltskonsolidierung steht eine der höchsten Neuverschuldungen der letzten Jahre ins Land, eine Verbesserung der Situation ist nicht in Sicht, weitere Streichungen in allen sozialen Bereichen sind absehbar. Dies verbunden mit massiven sozialen und ökologischen Auswirkungen für Land und Menschen.

Diese Entwicklung führt zu einem Klima, in dem nationalistische, sozialdarwinistische und militaristische Parolen gedeihen und in der Gesellschaft Fuß fassen. Die LINKE in NRW hat deshalb vor allem eine strategische Aufgabenstellung: sie muss die politische Rechtsentwicklung, das Aufkommen neofaschistischer Gruppierungen und die Militarisierung verhindern. Bisher ist es uns gelungen, diese Tendenzen zurück zu drängen! DIE LINKE muss die Legitimationskrise der herrschenden Politik durch die Entwicklung einer eigenen neuen Politik, für die es sich zu kämpfen lohnt, nutzen.

DIE LINKE ist die entschiedenste Vorkämpferin für eine Ablösung der Regierung Rüttgers. Diese Landesregierung hat in den letzten Jahren nicht nur auf die bundespolitisch von Schröder/Fischer und Merkel/Steinmeier herbeigeführte „Sachzwänge“ reagiert. Rüttgers/Wolf haben auf Landesebene eine eigenständige Vision der Privatisierung des öffentlichen Sektors verfolgt.

Letztlich haben sie dem Land einen völlig neuen ordnungspolitischen Rahmen aufgezwängt.

Das bedeutet:

Wir dürfen die Politik im Land von Rüttgers und Co. sowie in den Kommunen nicht als „Versagen“ oder „Fehler“ charakterisieren, sondern als bewusste und zielstrebige Verfolgung einer Interessen geleiteten Politik, der wir eine Politik im Sinne anderer Interessen entgegen stellen. Das Primat der Politik von CDU und FDP "Privat vor Staat" ist der Hauptangriffspunkt im Wahlkampf, der in verschiedenen und wesentlichen Politikfeldern angegriffen werden kann und muss. Daneben müssen auch die Verantwortung und politischen Positionen von SPD und Grünen, als neoliberale Parteien, jetzt und in der Vergangenheit, herausgestellt und als Angriffspunkt aufgegriffen werden. Die Interessen sind eindeutig: Die SPD treibt in der großen Koalition mit der CDU in Berlin den Sozialabbau weiter voran und die Grünen sind für schwarz-grün offen und daher machtpolitisch bereit, wie in Hamburg, selbst ökologische Ziele völlig aufzugeben.

- diese Interessen haben Namen und Gesichter, Adressen und Kontonummern, aber sie entstehen aus Strukturen, an deren Veränderung man wirken kann
- die „Krise der Parteien“ müssen wir beheben, in dem wir in der Praxis beweisen, dass Partei etwas mit Parteilichkeit zu tun hat. „Sachzwänge“ und „Wir-sitzen-alle-in-einem-Boot“ sind nicht Grundlage unserer Politik;
- wir müssen konsequent auf der Seite der Ärmsten und Entrechteten stehen. Wahlen werden nicht in der „Mitte“ gewonnen. In der Mitte werden Wahlen verloren, zuerst durch inhaltliche Unkenntlichkeit, dann durch Stimmenverluste. Das zeigt sich ganz konkret in wachsender Wahlenthaltung und in Studien zum Wahlverhalten der „Mitte“. Die politische und soziale „Mitte“ kann nur durch eine Politisierung der Ränder neutralisiert bzw. für die Unterstützung der politischen Anliegen der Ränder gewonnen werden. Dass die Proletarisierung zunimmt, der untere „Rand“ immer breiter wird, das ist die objektive Grundlage des Erfolges der LINKEN. D.h. ein Großteil unserer Arbeit muss sich um Erwerbslose, Prekarierte, Flüchtlinge, verarmende Kinder und Familien, Behinderte, perspektivlose Jugendliche und Studierende, diskriminierte und ökonomisch überausgebeutete Frauen und verzweifelte SeniorInnen kümmern. Die inhaltlichen Schwerpunkte des Landesverbandes müssen sich darum gruppieren.
- wir bekennen uns dazu, dass wir mit anderen Menschen sprechen und über andere Themen. Wir reden in einer anderen, einer konkreten Sprache. Wir müssen anders reden als alle anderen Landtagsparteien. Wir müssen verständlich sein! Wir müssen nicht mit den anderen Parteien um die Hegemonie der besseren Verwaltung der Menschen kämpfen, sondern mit den Menschen. Das muss sich auch in unserem

Beschluss Nr.: X-1: „Vor den Wahlen 2009/10 – Zur Strategie der LINKEN in NRW“

Sprachverhalten gegenüber den Medien ausdrücken. Wir geben den Ton an- wir lassen ihn uns nicht diktieren.

- die politische Legitimationskrise ist noch keine Krise der kapitalistischen Klassenherrschaft. Wir müssen die erstere vertiefen, dass sie zur letzteren wird. Deshalb bekennen wir uns, eine Partei der Umverteilung zu sein. Wir sind für mehr Reichtum der Lohnempfängerinnen und all derer, die von Lohnersatz- und Sozialleistungen leben. Deshalb sind wir eine Gewerkschaftspartei“. Wir wollen die reiche Klasse ökonomisch und ideologisch schwächen, um sie politisch zu besiegen. Ein übergeordneter Schwerpunkt ist deshalb unsere Mitarbeit in den Gewerkschaften, zu der wir auffordern und die wir organisieren müssen. Wir sollten Initiativen zur Stärkung der ArbeiterInnenrechte bis hin zum politischen Streik ergreifen.

2. Den Umbau durch konkrete Visionen und die Einbeziehung der Betroffenen stoppen!

a. Finanzverteilung und Spielräume

Die letzten vier Jahre haben konsequent an den politischen Maßgaben der rot/grünen Regierungsjahre angeknüpft. In allen Bereichen der Gesellschaft haben eklatante Einschnitte und Umstrukturierungen stattgefunden, die die Grundlagen einer demokratischen Gesellschaft torpedieren und auf Kosten der breiten Bevölkerung in die Kassen der reichen Minderheit wirtschaften.

Die Finanzausstattung der Kommunen befindet sich seit der Steuerreform der rot/grünen Koalition unter Schröder in einer Schiefelage. Der durchschnittliche Anteil der Kommunen am gesamten Steueraufkommen liegt bei rund 13%. Die Verschuldung der Kommunen lag Mitte 2007 bei einem Rekordstand von 13,7 Mrd. Euro. 197 Kommunen arbeiteten unter Haushaltssicherungskonzepten,

115 davon mit einem Nothaushalt. Die Rückführung der Nettoverschuldung des Landes wurde zu Lasten der Kommunen erreicht. Strukturelle Zuweisungen wurden gestrichen, zusätzliche Belastungen aufgebürdet. Die Landesregierung verstößt damit in grober Weise gegen das Konnexitätsprinzip.[1] Durch die Unternehmenssteuerreform 2008 werden die Kommunen zusätzlich belastet. NRW hat in 2008 rund 800 Millionen Euro. Mindereinnahmen zu verkraften.

Zwischen 2008 und 2011 werden rund 2 Mrd. Euro Mindereinnahmen anlaufen. Hinzu kommen die Belastungen der Kommunen durch die Verluste der West LB. Die Auswirkungen der Finanzkrise sind momentan nicht absehbar, aber sie werden für viele Kommunen verheerende Folgen haben. Vor allem Gemeinden, die sich am CBL beteiligt haben, stehen bereits jetzt vor einem finanziellen Fiasko. Das hat zu verheerenden Wirkungen auf den Arbeitsmarkt und die örtliche Wirtschaft, zum anderen beschneidet es die Gestaltungsmöglichkeiten und damit die demokratischen Rechte und die sozialen Leistungen in den Kommunen.

Die Kommunen werden zunehmend gezwungen, kommunales Eigentum zu verscherbeln. Die Auswirkungen sind bekannt: Schließungen, Verteuerungen, sinkende Qualität und die Abschaffung der demokratischen Kontrolle.

Hinzu kommt der Abbau von 13.000 Stellen im öffentlichen Dienst (von ca. 330 000) durch Auslagerung in Zweckgesellschaften, Gründung von öffentlich-privaten Partnerschaften, Aufgabenverlagerung auf die Städte und Kreise - und zur reibungslosen Abwicklung wird das Personalvertretungsrecht soweit "reformiert", dass die Beschäftigten sich kaum dagegen wehren können. Die Gemeindeordnung wird geändert, damit die Kommunen nur noch dort wirtschaftlich aktiv sein können, wo sie es "wirtschaftlich besser" als die Privaten machen können.

Daraus folgt für uns:

Beschluss Nr.: X-1: „Vor den Wahlen 2009/10 – Zur Strategie der LINKEN in NRW“

DIE LINKE muss als einzige wirkliche Opposition in NRW Kritik üben, Druck machen und konkrete Alternativen bieten:

- wir setzen dem Ausverkauf die Umverteilung entgegen
- wir setzen mit einem Zukunftsprogramm für Innovation und Investition in NRW auf soziale und ökologische Entwicklung
- wir müssen vor dem Hintergrund der Finanzkrise und der beginnenden Rezession die Eigentumsfrage stellen und solidarisches Handeln stärken
- der §107 der Gemeindeordnung muss zurückgenommen werden! DIE LINKE beteiligt sich am Widerstand gegen jegliche Privatisierung von öffentlichem Eigentum oder initiiert ihn. Das gilt auch für PPP – Projekte.

Unter den herrschenden Sachzwängen ist die Umsetzung linker Politik nicht möglich! Unsere BündnispartnerInnen sitzen nicht in den anderen Fraktionen der Rathäuser, sondern stehen hoffentlich bald in Massen davor, um ihre Rechte einzuklagen und Druck aufzubauen.

b. Bildungsabbau umkehren – Breitenbildung fördern!

Die schwarz gelbe Landesregierung hat sämtliche Bereiche der Bildung mit „Reformen“ bedacht und jahrelang erkämpfte Strukturen und Rechte innerhalb kürzester Zeit zerschlagen: KiBiz, Schulreform und Hochschul“freiheits“gesetz haben alle miteinander das Ziel, die Gesellschaft so früh und so gründlich wie möglich zu spalten. In der Bildungspolitik wird den finanziell Bessergestellten mit Aufhebung der Schulbezirksgrenzen Grundschul-Tourismus in die “besseren Viertel” ermöglicht, mit dem Kinderbildungsgesetz entsteht ein Kindertagesystem mit Betreuungsstandards nach Einkommensklassen. Durch die permanente Unterfinanzierung sämtlicher Bildungseinrichtungen wird die Privatisierung und die Abhängigkeit von Drittmittelfinanzierung – bereits vom Kindergarten an – vorangetrieben. Dabei bleiben demokratische Mitbestimmung, die Entwicklung einer selbstbewussten Persönlichkeit und die Unabhängigkeit von Forschung und Lehre auf der Strecke. Im Ausbildungsbereich fehlen weiterhin Tausende von Lehrstellen auf der einen Seite und auf der anderen Seite qualifizierte SchulabgängerInnen. Letzteres wird nicht mit einer grundlegenden Abkehr vom alten Dreiklassenschulsystem beantwortet, sondern mit Schuldzuweisungen gegen Eltern, LehrerInnen, Kinder und Jugendliche. Repressive, längst überwunden geglaubte Strukturen finden wieder Einzug in die Schulen und Kindertagesstätten. Kopfnoten, zentrale Prüfungen, Sprachstandserhebungen sind nur einige Beispiele. Die Konzepte der SPD sowohl im Kindertagesstättenbereich, als auch in Schule und Hochschule verschweigen zum einen, dass sie selbst im Bildungsbereich mit dem Abbau begonnen hat. Sie sind weiterhin halbgar und inkonsequent.

Daraus folgt für uns:

- die Forderung nach lebenslanger, kostenfreier, umfassender Bildung und Weiterbildung
- Bildung ist vor allem Aufgabe des Staates und gehört in die öffentliche Hand und unter demokratische Kontrolle.
- Die Spaltung schon im Kindesalter gehört abgeschafft. Darum entwickeln wir Konzepte für:
 - hochwertige, ganztägige Kindertagesstätten mit einem Rechtsanspruch auf einen Platz ab dem 3. Monat.
 - die sofortige Überführung des dreigliedrigen Schulsystems in eine ganztägige Gemeinschaftsschule für alle Kinder von der 1 – 10. Klasse.
 - eine Grundlegende Reform der Hochschulen, die sich an den Bedürfnissen der Studierenden orientiert und Forschung als Beitrag für alle Menschen und nicht die Interessen der Wirtschaft betrachtet.

Beschluss Nr.: X-1: „Vor den Wahlen 2009/10 – Zur Strategie der LINKEN in NRW“

- die Einführung einer Ausbildungsplatzumlage und einen Rechtsanspruch auf einen Ausbildungsplatz. Dafür ist die Ausweitung überbetrieblicher aber nicht außerbetrieblicher Ausbildungsstätten notwendig.

c. Demokratie stärken statt Mitbestimmung aushebeln

Die Mitbestimmung wird durch politisch erzeugte Sachzwänge und die herrschende Interessenspolitik des Kapitals immer weiter eingeschränkt. Das zeigt sich sowohl bei Kämpfen in Tarifaueinandersetzungen als auch in den Veränderungen des LPVG, der Eskalationsstrategie der Polizei bei zahlreichen Demonstrationen und den Bestrebungen der umfassenden Überwachung von Menschen durch Kameras, Onlinedurchsuchungen, dem Ausbau der ZMZ[2] oder dem Einsatz der Bundeswehr nach innen, wie z.B. während der Fußball WM. Volksbegehren scheitern zunehmend an den hohen Hürden und bedeuten für Initiativen einen Arbeitsaufwand, der ehrenamtlich kaum zu leisten ist. Das hat sich nicht zuletzt beim Widerstand gegen den Verkauf der LEG gezeigt.

Öffentliche (Schutz)räume werden geschlossen. Das bedeutet vor allem für junge Menschen, dass sie Selbstverwaltung und alternative Entwürfe kaum noch leben können:

Jugendzentren werden geschlossen, der öffentliche Raum überwacht – der Rückzug ins Private und in die Vereinzelung folgt. Das verhindert solidarischen Widerstand und die Entwicklung kollektiver Gegenentwürfe und genau das ist auch gewollt. In diesem entsolidarisierten Klima können sich Nazistrukturen breit machen, die statt der Solidarität aller ein Zusammenhörigkeitsgefühl durch Ausgrenzung vermitteln. Gefördert wird diese Entwicklung durch das gesamtgesellschaftliche Klima von Krieg, Gewalt, Autorität und archaische Bilder von Männlichkeit, das in diesen Strukturen einen Nährboden findet. Gesellschaftliche Veränderungen werden immer wieder und immer mehr nicht von den zuständigen demokratisch gewählten Gremien, sondern von Lobbyvereinigungen übernommen. Ein Paradebeispiel dafür ist die Bertelsmannstiftung, die Gesetzesentwürfe, Schulkonzepte u.ä. entwickelt, um in ihrem Sinne die Gesellschaft umzubauen.

Das bedeutet für uns:

- die Förderung und Unterstützung von Volksbegehren, um Bewusstsein zu schaffen, dass öffentliche Güter nicht dem Rathaus, sondern den Menschen gehören
- Die konsequente Unterstützung von Arbeitskämpfen vor den Betrieben, bei Demonstrationen!
- den Kampf um den Erhalt von selbstbestimmten Räumen
- eine radikale Aufklärung über die Inhalte und Ziele der Neonazis, eine konkrete Auseinandersetzung mit ihren Zielen und UnterstützerInnen, die Beteiligung an Aktionen, die klar machen, dass es für uns dabei bleibt: Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!
- Die Durchführung der vom Landesrat beschlossenen Bertelsmannkampagne

d. Armut abschaffen – Reichtum umverteilen - Arbeitsplätze schaffen!

Jedes 4. Kind in NRW lebte 2005 in Armut. Mehr als 500 000 Kinder werden in NRW unter Hartz 4 Bedingungen groß und die Zahl steigt weiter. Hinter den Kindern stehen Familien, die ebenfalls von Armut betroffen sind. Armut wird in NRW vererbt – von den Eltern an die Kinder. Die statistisch frisierten Arbeitslosenzahlen sinken. Real steigt in NRW die Anzahl derer, die auf ergänzende Sozialleistungen angewiesen sind. „Ein – Euro - Jobs“ verdrängen sozialversicherungspflichtige

Stellen. Zeitverträge, Leiharbeit, Mini- und Midijobs treiben die Menschen weit über die Grenzen ihrer Belastbarkeit und schüren die Angst vor Arbeitslosigkeit. Im Öffentlichen Dienst wurden in den letzten Jahren Tausende von Stellen gestrichen und die Wochenarbeitszeit erhöht. Das führt auf der einen Seite zu Arbeitslosigkeit und auf der anderen zu einer unerträglichen Arbeitsverdichtung.

Beschluss Nr.: X-1: „Vor den Wahlen 2009/10 – Zur Strategie der LINKEN in NRW“

Der Druck auf dem Arbeitsmarkt führt dazu, dass Menschen Lohnkürzungen hinnehmen. Die Repressionen der Hartzgesetze lassen Menschen jeden Job – oder auch 2 – 3 – zu Dumpinglöhnen annehmen, um dem Repressionsapparat zu entkommen.

Betroffen von Armut sind auch in NRW vor allem Frauen und alte Menschen, von denen viele nicht in Anspruch nehmen, was ihnen an Sozialleistungen zusteht.

Armut macht krank. Die Veränderungen im Gesundheitswesen verstärken die Armut der Kranken. Wer geht noch zum Arzt, wenn vorher 10,- Euro Eintritt fällig sind, zahllose Medikamente nicht mehr auf Rezept zu bekommen sind und die Rezeptgebühren kaum unter dem Preis von Medikamenten liegen? Arbeitslosengeld II EmpfängerInnen müssen Vorauszahlungen leisten, die sie nicht bezahlen können. Das führt vor allem bei chronisch Kranken zu einer Verschleppung von notwendigen Medikamenteneinnahmen. Als Beispiel mögen hier HIV - Kranke und DiabetikerInnen

dienen. Hinzu kommt eine miserable Ernährungslage, da gesundes Essen von Billiglöhnen und ALG II Zahlungen nicht bezahlbar ist. Zahllose Kinder leben ohne eine warme Mahlzeit am Tag.

Sie stehen darin an der Seite von RentnerInnen, die ein Essen auf Rädern nicht zahlen können.

Beratungsstellen, die gegen solche Entwicklungen ankämpfen, werden die Gelder gestrichen. Die Sozial- und Arbeitslosenberatungsstellen in NRW stehen vor dem Aus. Viele haben schon geschlossen. Eine unabhängige Beratung von den ARGEN ist nicht zu erwarten, und es geht um mehr, als lediglich um Beratungen zum ALG II!

Der Verkauf öffentlichen Eigentums verschärft die Lage der Verarmten in NRW. Wohnungen werden teurer, Heizkosten unbezahlbar, Mobilität unmöglich, Lernmittel und kulturelle Teilhabe zum Luxus.

Das bedeutet für uns:

- Wir stehen für die Abschaffung von Hartz IV. Ein erster Schritt muss aber die sofortige Erhöhung der Regelsätze auf 435 € sein.
- Wir setzen uns konsequent für ein kostenfreies Mittagessen in Kitas und Schulen ein!
- Wir kämpfen für die Beibehaltung der unabhängigen Sozialberatungen und den Ausbau von Anlaufstellen für Menschen in Armut. Tafeln in Privathand sind eine feudalistische Form der Massenernährung von „Ihro Gnaden“ und müssen demokratisiert und letztlich abgeschafft werden!
- Die Einführung eines Mindestlohns ist in NRW bei allen öffentlichen Einrichtungen möglich und nötig. Er muss bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen Bedingung für die Auftragsvergabe sein.
- Wir organisieren den Widerstand gegen die Praxisgebühr.
- Die Proteste der Beschäftigten im Gesundheitswesen finden unsere Unterstützung. Wir stellen uns gegen die Kürzungen in den Krankenhäusern und Pflegediensten und fordern den massiven Ausbau von Stellen – besonders im Pflegebereich - im Gesundheitswesen.
- Reisefreiheit ist ein hohes Gut und ein Menschenrecht. Darum fordern wir die landesweite Einführung eines Sozialtickets für alle Menschen, die unterhalb der Pfändungsfreigrenze leben. Es muss auch für kulturelle Einrichtungen und Sportstätten gelten!
- Wir stehen für die Einrichtung kommunaler Beschäftigungsgesellschaften, um statt Ein – Euro - Jobs und Repressionen sozialversicherungspflichtige, armutsfeste Arbeitsplätze zu bieten.

e. Die Zukunft sichern – durch Frieden und Ökologisches Handeln!

Wenn der Kapitalismus in seiner historischen Krise angelangt ist, wächst die Kriegsgefahr und die Ausbeutung der Natur verschärft sich. Bereits heute und seit Jahren stehen wir mitten in kriegerischen Auseinandersetzungen, die unter dem Deckmantel der Menschenrechte Märkte erobern und den Besitz von Rohstoffen sichern. Dafür werden Milliardenbeträge ausgegeben, die nicht nur für die sozialen Sicherungssysteme fehlen,

Beschluss Nr.: X-1: „Vor den Wahlen 2009/10 – Zur Strategie der LINKEN in NRW“

sondern auch die Ausbeutung von Menschen weltweit vorantreiben. Wir sind und wir bleiben eine Friedenspartei – ohne wenn und aber. Kriege zerstören Menschenleben, Lebensgrundlagen und sie schwächen nachweisbar die demokratische Entwicklung in den betroffenen Ländern!

Die Klimakatastrophe zeigt deutlich, wie systematisch die Lebensgrundlage aller zerstört wird. Bereits jetzt toben Kämpfe um Wasser und Nahrung. Flüchtlingswellen aus den ärmsten Ländern der Welt werden brutal an den Grenzen Europas abgewiesen, der Tod von Hunderten von Flüchtlingen wird billigend in Kauf genommen, um „die Festung Europa“ abzuschotten. Diese Entwicklung wird auf Symposien beklagt und dann konsequent durch mangelnde Umweltschutzbedingungen und Entwicklungshilfepläne forciert.

Statt öffentlichen Nahverkehr auszubauen, alternative Energien zu fördern, Energie einzusparen und eine konkrete Umverteilung voranzutreiben, werden gerade diese Bereiche zurückgedrängt und der Ausbau der Kohleverstromung, der Abbau im ÖPNV und der Forschung alternativer Energien vorangetrieben.

Das bedeutet für uns:

- wir stehen gegen Krieg und organisieren den Widerstand dagegen für ein Leben in Frieden.
- wir beteiligen uns an den Widerständen der Bevölkerung gegen Kohlekraftwerke, AKWs und den Braunkohleabbau und entwickeln ein Konzept für den Ausbau regenerativer Energien
- Wir stehen an der Seite von Flüchtlingen und kämpfen für ihr Recht, an unserem Reichtum teil zu haben. Sammelunterkünfte, Lebensmittelgutscheine, Abschiebungen und Illegalisierungen müssen abgeschafft werden!

3. Mehr werden!

Die LINKE in NRW wird, die gegenwärtigen Umfragewerte und Wahlbeteiligungen zugrunde gelegt, bei den kommenden Wahlen zwischen 700.000 und 1 Million WählerInnenstimmen bekommen. Das heißt die LINKE.NRW verharrt im auch bundesweit prägenden Verhältnis von 1:100 zwischen Mitgliedern und WählerInnen. Dieses Verhältnis muss drastisch zu Gunsten einer deutlich größeren und aktiveren Mitgliedschaft gesteigert werden, um dem Erwartungsdruck der auf der neuen Partei lastet, stand zu halten und umzukehren. Unseren Mitgliedern in den Fraktionen müssen starke und selbstbewusste Mitglieder in den Vorständen und in der Basis zur Seite stehen.

Andernfalls verändert die LINKE nicht die Gesellschaft, sondern die Gesellschaft und deren Ideologie erzeugenden Strukturen in den Parlamenten und den Medien verändern die LINKE und ihre AkteurInnen. Mobilisierung ist notwendig, und weniger eine Frage der eingesetzten Mittel, sondern eine Frage des Niveaus der Selbsttätigkeit. Wenn Themen die Herzen bewegen, bewegen sich auch die Mitglieder. Wenn die Schnittmenge zwischen den Themen, die die Herzen der Mitglieder bewegen, und den Themen, die die Herzen unserer WählerInnen bewegen am größten sind, durchdringen wir das politische Feld am nachhaltigsten.

Der Landesvorstand muss sich deshalb mit aller Macht um den Aufbau von handlungs- und vor allem wachstumsfähigen Strukturen kümmern. Diese Strukturen dürfen sich nicht an irgendwelchen Vorgaben und Geschäftsfeldern der Parlamente orientieren, sie dürfen ihren Rhythmus nicht dem irgendwelcher Medien unterordnen, sondern Richtschnur darf nur jedes einzelne Mitglied und seine sozialen, politischen und ökonomischen Interessen und Fähigkeiten sein.

Das bedeutet:

- Neben den „Arbeitsgemeinschaften“ oder „Projekten“ fördern wir die reale, sozialen Verankerung in Stadtteilen, Betrieben, Schulen und Universitäten;

Beschluss Nr.: X-1: „Vor den Wahlen 2009/10 – Zur Strategie der LINKEN in NRW“

- der entsprechende Aufbau von Parteiuntergliederungen die lokal kleinräumig (die gute alte Straßen oder Wohnviertelstruktur) ist, in denen sich die Menschen kennen und schätzen. Kurze Wege für eine langlebige, aktive Politik muss unser Motto sein.
- der Aufbau von Betriebsgruppen;
- die schnelle Integration von Neumitgliedern;
- eine breite Streuung von Parteifunktionen und eine bewusste Kampagne gegen Ämterhäufung und für die Befristung von Ämtern;
- eine permanente Überwachung der Umsetzung der Quotierung auf allen Ebenen. In Kreisverbänden, in denen die Frauenquote nicht eingehalten wird, erhalten vor allem die Frauen eine besondere Unterstützung der Landesvorstandsmitglieder, bei dem Kampf um die Einhaltung und Umsetzung der Frauenquote.
- ein Konzept von „Wahlkämpfen“ nicht als besondere Kampagne von PapierverteilerInnen und FotoaufstellerInnen, sondern als Dauermobilisierung in den realen sozialen Milieus und die Organisation der unmittelbaren Begegnung mit den Menschen;
- eine Wahlkampfkonzeption des Mitmach-Wahlkampfes und der eigenständigen Kreativität anstatt die eines Erfüllungsfeldzuges der Vorgaben einer professionellen Werbeagentur
- ein mutiges und risikobereites Bekenntnis zu Vielfältigkeit, Dezentralismus, Buntheit und auch Widersprüchlichkeit

4. Veränderung durch glaubwürdige Opposition!

In NRW wird sich 2010 aller Voraussage nach die Frage nach einem Machtwechsel stellen. Wir stellen nicht nur die Frage nach einem Wechsel der Macht: Wir fordern und stehen für einen grundlegenden Politikwechsel in NRW.

SPD und Grüne sind vollständig in die Verwaltung, Lobpreisung und gegebenenfalls Sanierung der kapitalistischen Marktwirtschaft eingebunden und sie wollen auch nichts anderes. Bündnisse mit der SPD und/oder den Grünen entstehen somit nur auf zwei Ebenen: im Rahmen von sozialen Bewegungen, die in der Regel von der Linken, manchmal auch exklusiv von der LINKEN ausgelöst werden und denen sich SPD und/oder Grüne anhängen müssen, um diese Bewegungen zu instrumentalisieren oder sogar zu bremsen. Vom Nokia-Protest bis zu der antifaschistischen Großkundgebung in Köln gibt es dafür zahllose kleine und große Beispiele. Die zweite Ebene ist eine zufällige parlamentarische und nur macht-taktisch bedeutsame Konstellation aufgrund der konkreten Wahlergebnisse. Kann die LINKE auf der ersten Ebene mit klugen Vorschlägen, tatkräftiger Organisation und glaubwürdigen SprecherInnen die SPD und die Grünen, wie UnterstützerInnen dieser Parteien in Gewerkschaften und Sozialverbänden heftig unter Druck setzen und verschieben, so ist das Gewicht der LINKEN auf der zweiten, der parlamentarischen Ebene genauso groß wie der Anteil an WählerInnenstimmen. Eine fünf- oder zehn Prozent-Partei wird die großen Parteien parlamentarisch nicht verschieben können. DIE LINKE hat die Kraft zu einer einzigen bedeutsamen Initiative: sie kann und muss der SPD deutlich machen und anbieten, dass mit ihr eine rechte Regierung abgewählt werden kann. Mehr nicht. Alles andere steht in der Verantwortung der SPD als – wahrscheinlich – größte Partei. Parteien, die um unsere Unterstützung werben, sollen zeigen, dass sie zu einem wirklichen Politikwechsel bereit sind. Soll sich die SPD die realen Mehrheiten für jede einzelne Maßnahme, einschließlich ihrer Haushalte, doch da holen, wo sie meint, sie zu bekommen. Mit der LINKEN gibt es nur Zustimmung zu Positionen und Maßnahmen, die klar LINKS sind. Und wenn die SPD dies nicht will, trägt sie allein die Verantwortung für die Folgen. DIE LINKE.NRW verstärkt die außerparlamentarische Opposition durch eine starke Opposition gegen die herrschende Politik in den Parlamenten. Schon in den Wahlkämpfen werden wir dem enormen Druck von Außen, durch Medien und politische GegnerInnen, ausgesetzt sein. Dem müssen und werden wir die Solidarität in den eigenen Reihen entgegensetzen: Auch nach den Wahlen streiten wir nicht um Regierungsbänke, sondern für einen grundlegenden politischen Richtungswechsel durch und mit den Menschen in NRW. Das höchste Gut unserer Partei in NRW ist ihre Glaubwürdigkeit. Wir sind nicht bereit, sie für Ministeriumsposten aufs Spiel zu setzen oder sie vermeintlichen Sachzwängen zu opfern.

Das bedeutet:

- die Initiierung und Unterstützung sozialer Bewegungen und Kämpfe gemäß unserer programmatischen Schwerpunkte (soziale Gerechtigkeit – Frieden – Umwelterhaltung - Ausbau der Demokratie);
- konkrete Aufforderung und Angebote an SPD und Grüne daran teilzunehmen;
- die politische Bewährung der LINKEN als konsequenteste und einsatzfreudigste Kraft im Rahmen solcher Bündnisse;
- die konkrete Auseinandersetzung mit den und Kritik der politischen Konzepte von SPD und Grünen;
- eine offene, unsektiererische Bündnispolitik mit und gegenüber allen anderen linken Gruppen und Parteien, die von Gleichberechtigung bestimmt ist und jede Instrumentalisierung und Großvereinsmeierei vermeidet;
- der unsektiererische und loyale Aufbau von LINKEN-UnterstützerInnengruppen in Gewerkschaften und anderen sozialen Bewegungen
- eine bewusste Beschränkung der parlamentarischen Aktivitäten, vor allem in den Kommunalparlamenten, zu Gunsten der außerparlamentarischen Initiativen.

5. If you talk the talk, you've got to walk the walk!

Der kurze Zeitabstand bzw. die Parallelität der Wahlen 2009/2010 fordert die Möglichkeit die Themen von Kommunal- bis Europaebene im Zusammenhang anzugehen. Die gesamte inhaltliche und strategische Ausrichtung sollte daher darauf gerichtet sein, von der Logik eines einjährigen permanenten Wahlkampfes auszugehen und gleichzeitig die Partei konsequent aufzubauen! Unser Wahlkampf muss inhaltlich und logistisch abgestimmt aufgezogen und umgesetzt werden. Dazu gehört eine freche und kreative Öffentlichkeitsarbeit, die sich vom plakatierten Einheitsbrei der übrigen Parteien abhebt. Zeitlich terminierte Highlights und klare inhaltliche Schwerpunkte müssen jetzt gesetzt und gut vorbereitet werden.

Für die Europa- und Kommunalwahl stellen wir den Kampf gegen Privatisierung für die Selbstverwaltung und Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand in den Vordergrund. Im Bund stehen wir für das Thema Arbeit und soziale Gerechtigkeit. Für den Landtagswahlkampf setzen wir das Thema „Bildung“ in den Mittelpunkt unsere Aktionen.

[1] Nach dem Konnexitätsprinzip darf das Land den Kommunen neue Aufgaben nur dann zuweisen, wenn die damit einhergehenden Kosten den Kommunen durch das Land erstattet werden.

[2] Zivil Militärische Zusammenarbeit
2 George Clooney Vanity Fair 2007